

**EVA BERENDSEN, KATHARINA RHEIN
UND TOM UHLIG (HG.)**

EXTREM UNBRAUCHBAR

Über Gleichsetzungen von links und rechts

Rechtspopulistische Strömungen finden auf ihrem Feldzug gegen die Demokratie ein mächtiges begriffliches Mittel vor, welches ihnen die bürgerliche Mitte vorbereitet hat: die Extremismustheorie. Gewonnen aus einer spezifischen Lesart totalitarismuskritischer Arbeiten, etwa von Hannah Arendt, hat sich im Sprechen über die Gesellschaft ein Hufeisenmodell durchgesetzt: Eine Mitte der Gesellschaft werde von ihren Rändern bedroht. Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus arbeiten daran, die Demokratie zu zerstören. Doch besonders die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus führt oft dazu, ersteren auf Kosten von letzterem zu verharmlosen. Zudem ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Mitte selbst problematisch. Was gehört zu dieser Mitte, was nicht? Gerade die aktuellen Erscheinungsformen rechter Ideologien zielen darauf ab, gerade noch anschlussfähig zum gesellschaftlichen Diskurs zu bleiben und ihn durch kalkulierte Grenzverletzungen nach rechts zu verschieben – mit einigem Erfolg, Stichworte: »Flüchtlingswelle«, »Genderismus« oder »political correctness«. Doch wenn selbst der positive Bezug auf das Grundgesetz teilweise als linksradikal diskutiert wird, desavouiert sich dieses Hufeisenmodell endgültig.

Mit Beiträgen von Kira Ayyadi, Eva Berendsen, Charlotte Busch Saba-Nur Cheema, Jonas Fedders, Leo Fischer, Dana Ionescu, Paula Irmschler, Daniel Keil, Deborah Krieg, Julia König, Robin Koss, Lillemor Kuht, Meron Mendel, Maximilian Pichl, Katharina Rhein, Sarah Schulz, Ingolf Seidel, Tom David Uhlig, Benjamin B. Weissinger und Wolfgang Wippermann.

VERBRECHER VERLAG

In Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank. Zentrum für politische Bildung und Beratung, Frankfurt/Main



Erste Auflage
Verbrecher Verlag Berlin 2019
www.verbrecherei.de

© Verbrecher Verlag 2019
Druck und Bindung: Druckerei Dressler, Berlin
Satz: Christian Walter

ISBN: 978-3-95732-408-5

Printed in Germany

Der Verlag dankt Philipp Bräuner, Leonie Jeismann und Darleen Schitkowsky.

EINLEITUNG

- 9 **Rechts von uns ist nur das Land**
Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom Uhlig
- 32 **7 extreme Meinungen**
Benjamin B. Weissinger

I. EINE THEORIE, DIE KEINE IST

- 37 **Wer nicht vom Faschismus reden will, sollte vom Extremismus und Populismus schweigen**
Wolfgang Wippermann
- 45 **Politik(wissenschaft) als Mythos**
Die Extremismustheorie und das Hufeisen
Daniel Keil
- 59 **Eine Totalismustheorie, die eigentlich keine ist**
Die deutschsprachige Rezeption von Hannah Arendts Theorie der totalen Herrschaft
Dana Ionescu
- 75 **Politische Bildung als positiver Verfassungsschutz?**
Über ein deprimierendes Demokratieverständnis
Katharina Rhein

II. IM DICKICHT DER INSTITUTIONEN

- 87 **Extremismus – Ein Konzept zur Lähmung des Kampfes gegen rechts**
Ingolf Seidel
- 103 **»Das freche Kind« – Der Extremismusbegriff als Beeinträchtigung zivilgesellschaftlicher Organisationen**
Interview der Herausgeber*innen mit Meron Mendel und Deborah Krieg
- 119 **Beste Freunde**
Wie die AfD mit der Extremismus-Formel Demokratieprojekte unter Druck setzt
Robin Koss

- 137 **Goldrichtig**
Über Rechte (reden) auf der Buchmesse, in Talkshows und anderswo
Eva Berendsen
- 149 **#wirsindmehr: Wer gegen Neonazis demonstriert, ist nicht »linksextrem«, sondern Demokrat*in!**
Kira Ayyadi
- 155 **»Das hat nichts mit dem Islam zu tun!«**
Muslime im Extremismustheater
Saba-Nur Cheema

III. DAS RECHT DES STÄRKEREN

- 169 **Im Recht**
Der Extremismusbegriff schützt vor allem eins: die Verfasstheit der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung gegen emanzipatorische Politik
Maximilian Pichl
- 181 **»Wehrhafte Demokratie« oder wie ein Inlandsgeheimdienst zum Demokratieschützer wird**
Sarah Schulz
- 195 **Ein Ausnahmefall?**
Über die Isolierung rechten Terrors von gesellschaftlichen Zusammenhängen am Beispiel NSU
Lillemor Kubt

IV. MYTHOS MITTE

- 213 **Kulturrevolution von rechts**
Die Diskursstrategien der Neuen Rechten
Jonas Fedders
- 227 **Deutschlands Platz in der Antarktis**
Wie sich die Volksgemeinschaft an Kälte wärmt
Tom David Uhlig
- 241 **Lustkiller Feminismus**
Zur Extremisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in rechten Diskursen
Charlotte Busch und Julia König
- 259 **Antisemitism – Connecting People**
Katharina Rhein und Tom David Uhlig

V. NACHTRITT

- 271 **Interview mit den Betreibern der Facebook-Seite Das goldene Hufeisen**
Tom David Uhlig
- 279 **Woher kommt die Wut?**
Paula Irmschler
- 283 **G20 in Hamburg – Menetekel oder Gefahr?**
Leo Fischer
- 289 **Autor*innen**

RECHTS VON UNS IST NUR DAS LAND

Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom Uhlig

Die »lichtung« gab Ernst Jandl im Gedichtband »Laut und Luise« 1966 vor: »manche meinen / lechts und rinks / kann man nicht verwechseln / werch ein illtum«.

So fern und doch so nah stehen sich die unversöhnlichen Gegensätze, die »Extreme« der Gesellschaft offenbar gegenüber. Zwischen ihnen die Normalen, die Gemäßigten, die Mitte, stets bemüht, augenrollend den Streit der Unverbesserlichen zu schlichten. Aus ihrer paternalistischen Perspektive sind die beiden praktisch noch Kinder, Rabauken, die ständig grundlos aufeinander losgehen und damit den ganzen Kindergarten in Unruhe versetzen: »Antifa, kannst Du den Nazi nicht einfach mal machen lassen? Genau das will er doch, dass du ihn beachtest!« Man will ihnen mit gleicher Milde, aber vor allem auch gleicher Härte begegnen: »Wer angefangen hat, interessiert mich nicht!« Beide sind der Mitte gleichermaßen suspekt, es sind Schmuttelkinder, die viel mehr gemeinsam haben, als sie selbst wahrhaben wollen. »Ich lehne alle Extremismen ab«, hört man häufig, wenn etwa in Chemnitz ein Festival gegen den neonazistischen Mob auf der Straße veranstaltet wird. »Links und Rechts, das ist für mich genauso schlimm«, sagen Leute, die mit dem ganzen Konflikt einfach nichts zu tun haben wollen. Der quietistische Zentrismus der Mitte, das Stillhalten, Ignorieren und Relativieren verliert vollends jedes Maß, wenn die rechte Ideologie öffentlichkeitswirksam auf ihre logische Konsequenz hinausläuft.

Walter Lübcke, Kasseler Regierungspräsident, wurde am 2. Juni 2019 in seinem Garten ermordet. Zuvor erhielt er massenhaft Drohungen aus dem Reichsbürgermilieu, also militanten Verschwörungsideologen, die ihm sein Plädoyer für Geflüchtetenhilfe übelnahmen. Der verdächtige Neonazi Stephan E. gestand die Tat in Untersuchungshaft, widerrief jedoch kurze Zeit darauf. Sein Anwalt ist der Pegida nahestehende Frank Hannig. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen scheint der Fall klar: In einer langen Reihe neonazistischer Mordanschläge, die seit der ›Wiedervereinigung‹ etwa 200 Menschen das Leben gekostet haben, ist Lübcke nach Stand der Ermittlungen das jüngste und wahrscheinlich nicht das letzte Opfer. So klar scheint der Fall einigen Medienschaffenden aber dann doch nicht zu sein: Die Süddeutsche Zeitung stellt fest: »Wir haben es mit einer braunen RAF zu tun.«¹ Mit dieser Berichterstattung ist sie nicht alleine: Der Tagesspiegel erinnert am 6. Juni im Zusammenhang mit dem Kassler Mord an die Erschießung Siegfried Bubacks durch die RAF, die Frankfurter Allgemeine Zeitung leitet am 17. Juni einen Kommentar zum Thema mit der RAF ein und in der Bild-Zeitung vom 20. Juni soll ein »Extremismusexperte« Parallelen des Kassler Mordes zur RAF erklären.

Ein wenig haderte die Autorin der Süddeutschen noch über ihren Vergleich mit einer »braunen RAF«, schließlich seien es keine »straff organisierten Kommandos wie unter Baader, Ensslin, Meinhof und ihren Nachfolgern.« Gesichert scheint jedoch, dass die braune RAF zuschlägt, wo sie kann: »gegen Flüchtlinge, Bürgermeisterinnen, verhasste Vertreter des Staates. Die Strukturen des rechten Terrorismus ähneln denen des islamistischen Dschihad, in denen jeder Attentäter dort zuschlägt, wo er kann. Es ist ein metastasierendes Gewaltgebilde, das an vielen Stellen unvermittelt aufbrechen kann.« Dschihad, Neonazis, RAF, letztlich ein Krebsgeschwür – dass die Morde der RAF sich nicht gegen Geflüchtete richteten und die der AnhängerInnen des Dschihad gegen alle Ungläubigen, ist hier offenbar von nachrangiger

Bedeutung. Es wird verglichen, was inhaltlich nicht vergleichbar ist. Gemein haben diese terroristischen Gruppen, dass sie nicht dazugehören: »Der Hass sickert vom Rand in die Mitte der Gesellschaft.« Das Bild ist irgendwie schief: Seit wann sickert es vom Rand? Sickert es nicht viel eher von der Mitte in den Rand? Die Autorin scheint sich über die Richtung des Zusammenhangs im Klaren zu sein, aber die anhaltende mediale Stimmungsmache gegen die »Flüchtlingswelle«, die angeblich wie eine Naturkatastrophe über Deutschland hereinbricht, kam von keinem gesellschaftlichen Rand, sondern ihren etablierten Institutionen. Kurze Zeit nach dem Mord verkündete der Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang im ZDF, er glaube, das Erstarken des »Rechtsextremismus« hänge »natürlich auch mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik seit 2015« zusammen. Hier spricht niemand von einem gesellschaftlichen Rand aus, hier spricht der Kopf einer der mächtigsten staatlichen Institutionen. Innenminister Seehofer möchte derweil in Reaktion auf den Mord an Walter Lübcke eben jener Institution noch umfassendere Kompetenzen einräumen, die in jüngerer Vergangenheit die Strategie verfolgte, Neonazi-Gruppen zu kontrollieren, indem man sie finanziere, und die dem mörderischen Treiben des Nationalsozialistischen Untergrunds tatenlos zugesehen, sogar noch Beweise vernichtet hatte.

Die Dynamik wiederholt sich ständig aufs Neue: Rechter Terror wird verharmlost und mit linksradikaler Politik assoziiert, die Anliegen der Rechten werden legitimiert, lediglich die Wahl der Mittel gemäßregelt und am Schluss werden Forderungen laut, demokratische Rechte zu beschneiden. Es ist das Standardrepertoire selbsternannter Konservativer, die ihre ideologischen Schnittmengen mit den völkischen Rechten wohl selbst nicht bemerken, und jenen Liberalen, die sich selbst so für gemäßigt halten. Die Struktur dieser Denkform lässt sich auf einen Begriff bringen: »Extremismus«. Der Glaube, Gesellschaft müsse auf eine Mitte hin ausgerichtet sein, führt immer wieder zur äquidistanten

Gleich-Gültigkeit gegenüber der völkischen Ideologie und jenen, die sich ihr entgegenstellen.

Während das Land nach der politisch rechts motivierten Hinrichtung Lübckes circa zwei, drei Wochen in einem – vergleichsweise – starken Ausmaß über rechte Gewalt und die Gefahr des ›Rechtsextremismus‹ diskutiert hatte, wurden am Rande einer Pegida-Demonstration in Dresden Anfang Juli dann wieder die üblichen und dennoch erschütternden Reflexe deutscher (Wut-)BürgerInnen offenkundig. »Im Vergleich zur linksextremen Gefahr ist ein Mord, was weiß ich, alle zwei oder drei Jahre aus irgendwelchen Hass-Gründen, relativ normal«, sagt ein älterer Mann in die Kamera eines Teams des ARD-Magazins »Kontraste«. »Ich sehe den Herrn Lübcke als Volksverräter«, so ein anderer. Und wieder ein anderer Demonstrant, ganz unverblümt: »Dann ist das ja eigentlich bald eine menschliche Reaktion.« Die verblüffte Reporterin fragt vorsichtshalber noch einmal nach – der Mord an Lübcke sei eine menschliche Reaktion? »Ja, wie es in den Wald hineingerufen wird, so schallt es wieder heraus.« Eine Frau sagt: »Bringt von den Linken mal was im Fernsehen. Das sind die Verbrecher.«²

Doch nicht bei uns!

Die völkischen Strömungen, die derzeit in Deutschland ansetzen, Parlamente, Straßen, Bühnen und Universitäten zu erobern, finden auf ihrem Feldzug gegen die Demokratie ein mächtiges begriffliches und handlungspraktisches Instrumentarium vor: die Extremismustheorie.³ Gewonnen aus einer spezifischen Lesart totalitarismuskritischer Arbeiten wie etwa jener Hannah Arendts hat sich im Sprechen über die Gesellschaft in Behörden, Akademien und Medien ein Hufeisenmodell durchgesetzt, nach welchem eine vermeintliche Mitte der Gesellschaft

von ihren Rändern bedroht wird. Das Bild ist so einfach wie eingängig: Eine Triade aus Extremismen – Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus – arbeitet daran, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu zerstören. Dieses simplifizierende Verständnis von Gesellschaft ist auf den ersten Blick so einleuchtend, so praktisch und auch so konsensuell geworden, dass es gar nicht so leicht ist, Gesellschaft auch anders zu denken, nämlich als ein Ganzes, das von inneren Widersprüchen durchzogen ist.⁴ Die grundlegende Unterschiedlichkeit der aneinandergereihten Phänomene wird anhand vermeintlicher Ähnlichkeiten eingeebnet: Dazu gehört etwa die Feindschaft gegenüber Freiheit und Demokratie, die im Fall der meisten linken Bewegungen fälschlich zugeschrieben ist. Insbesondere die Gleichsetzung von ›Rechtsextremismus‹ und ›Linksextremismus‹ führt dabei nur allzu oft dazu, ersteren auf Kosten von letzterem zu verharmlosen. Wo rassistische Angriffe auf Menschen mit vielfach tödlichem Ausgang mit brennenden Autos bei den G20-Protesten verglichen werden, ist eine Schiefelage entstanden, welche die Wahrung von Besitzstand mit Menschenleben aufwiegt. Die Parallelisierung verschleiert außerdem, dass die politische Programmatik diametral auseinandergeht: Die radikale Linke strebt ungeachtet ihrer starken Heterogenität prinzipiell eine Gesellschaft an, in welcher es sich ohne Angst verschieden sein lässt. Dass sie dabei jedoch auch immer wieder hinter diesen Anspruch zurückfällt und sich auch in der Wahl ihrer Mittel gelegentlich vergeift, soll nicht unter den Tisch fallen. Die völkische Rechte wiederum bedient einen menschenverachtenden Partikularismus, der die autochthone Stammeskultur brutal gegen alles abdichtet, was fremd erscheint. Auf der Ebene politischer Ziele werden also die Ideale der Aufklärung, die Forderung nach Einlösung ihrer Versprechen neben die Ideologie des stumpfen Hasses auf Differenz gestellt.

Darüber hinaus ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Mitte, von welcher aus es Ränder geben könnte, genuin problematisch. Was

gehört zu dieser Mitte und was nicht? Augenscheinlich ist die Mitte etwas ziemlich Bedeutsames, das es dringend zu bewahren gilt. Zahlreiche Studien künden von einer »Verlorenen Mitte« oder einem »Volk ohne Mitte«, sämtliche Parteien werben damit, die Mitte zu repräsentieren. Ulf Kadritzke notierte dazu jüngst: »Ob also politisch, kulturell oder gesellschaftlich gedeutet, die Mitte der Gesellschaft erscheint wesentlichlicher als das Ganze, dessen Teil sie doch ist.«⁵ Im Rekurs auf Sozialstudien aus der Weimarer Zeit, etwa von Theodor Geiger und Siegfried Kracauer, arbeitet der Autor heraus, dass der »Mythos Mitte« vor allem dazu gedient habe, die Klassenfrage zu entsorgen und gesellschaftliche Widersprüche zugunsten einer soziodemographischen Phantasie zu ignorieren. So schreibt er etwa über Geiger: »Den ›neuen‹ Mittelstand hält er für eine semantisch falsche und vor allem ideologische Konstruktion. Sie überblende die gesellschaftliche Realität, indem sie höchst unterschiedliche Merkmale und Gewohnheiten einer als kleinbürgerlich oder ständisch beschriebenen Gesamtheit zuordne.«⁶ Die Fiktion der Mitte befriedet soziale Konflikte, indem sie Gemeinsamkeit schafft, wobei ihr die Extremismustheorie behilflich ist: Sie stiftet eine Gemeinsamkeit im Negativen, die Gemeinsamkeit, nicht »extrem« zu sein. Der Antagonismus in der öffentlichen Debatte zwischen der Mitte und ihren Rändern ist ein Reinigungsritual, das abspalten soll, was nicht dazugehören darf. Gesellschaft, in der doch alle leben, wird in arbiträre Teile zersprengt, um sich selbst zu vergewissern, dass es so etwas »bei uns« nicht gibt.

Die Konstruktion dieser Mitte über die Abspaltung ihrer sozialen, politischen und kulturellen ›Ränder‹ wiegt diejenigen, die sich ihr zu rechnen, in falscher Sicherheit gegenüber menschenverachtenden Ideologien. Da man ja selbst nicht zu den Extremen gehört, scheint man vor dem ›Extremismus‹ gefeit. Dabei zielen gerade die aktuellen Erscheinungsformen rechter Ideologien strategisch darauf ab, ihre Propaganda in dieses (pseudo-)bürgerliche Milieu zu tragen, gerade noch anschluss-

fähig zum gesellschaftlichen Diskurs zu bleiben und ihn durch kalkulierte Grenzverletzungen nach rechts zu verschieben – mit einigem Erfolg. Das Ziel, vermeintlich Unsagbares zum gesellschaftlichen Konsens werden zu lassen, wird schrittweise erreicht. Das zeigt sich etwa an dem gängig gewordenen rechten Kampfbegriff ›Political Correctness‹. Die Ideologie, der dieser Begriff zugrunde liegt, lässt sich aus ihm selbst kaum mehr ablesen, so selbstverständlich scheint die Unterstellung, es gäbe ein linkes Meinungsdictat, das mit entsprechenden Machtmitteln ausgestattet sei, um einem zu verbieten, Dinge öffentlich zu sagen, die andere verletzen könnten.

Zur Mitte zählt sich heute auch, wer brennende Geflüchtetenunterkünfte rechtfertigt, wer ein brutales Grenzregime unterstützt, das täglich Menschen ertrinken lässt oder jeden sozialchauvinistischen Tritt nach unten mit einem Nicken quittiert. Der Ruf der Pegida-Demonstrationen »Wir sind das Volk« trifft etwas: Zwar repräsentiert die Bewegung nicht die Bevölkerung, was auch nicht ihr Anspruch ist, aber wohl das Völkische, das als Denkform tiefer noch in der deutschen Gesellschaft verankert ist als die Demonstrant*innen sich das wohl erträumen.

Die Logik des Verdachts

Die Extremismustheorie wird flankiert von der Kontakt- bzw. Ansteckungshypothese, nach welcher jede Person, die mit linksextrem markierten Personen in Berührung kommt, einer Szene zugerechnet wird und fortan als verdächtig gilt. Umgekehrt, mit Blick auf die angeblich andere Seite des Uferrandes, weist dieser Mechanismus allerdings immer wieder eine verblüffende Funktionsstörung auf. In der Logik des Verdachts braucht es keine Beweise, keine Durchführung oder Planung